



Organisations- reglement

der

Einwohnergemeinde Wileroltigen

2010

Inhaltsverzeichnis

Titel	Seite	
1	Aufgaben	3
2	Organisation	3
2.1	Die Stimmberechtigten	3
2.1.1	Rechte	3
2.1.2	Befugnisse	4
2.2	Gemeinderat	5
2.3	Ständige Kommissionen	7
2.3.1	Rechnungsprüfungsorgan	7
2.3.2	Übrige ständige Kommissionen	7
2.4	Nichtständige Kommissionen	7
2.5	Öffentlich-rechtlich Angestellte	8
2.6	Angestellte	8
2.7	Verantwortlichkeit	8
2.8	Schulorganisation	8
3.	Verfahren der Gemeindeversammlung	9
3.1	Abstimmungen	10
3.2	Wahlen	10
3.3	Protokolle	12
4	Übergangs- und Schlussbestimmungen	13
	Auflagezeugnis	13
Anhang I	Ständige Kommissionen	14
Anhang II	Öffentlich-rechtlich Angestellte	16

Organisationsreglement der Einwohnergemeinde Wileroltigen

1. Aufgaben

Aufgaben	Art. 1 ¹ Die Gemeinde kann alle Aufgaben wahrnehmen, die nicht vom Kanton oder Bund abschliessend beansprucht werden. ² Die Erfüllung der Wasserbaupflicht gemäss geltender Wasserbaugesetzgebung ist Sache der Gemeinde. ³ Der Gemeinderat nimmt die mit der Wasserbaupflicht verbundenen Aufgaben wahr.
Sozialhilfe; Übertragung an Dritte ⁽¹⁾	Art. 1a ¹ Der gesamte Bereich der gesetzlichen Sozialhilfe wird dem Gemeindeverband Sozialdienst Amt Laupen übertragen. ² Die Einzelheiten werden durch den Gemeinderat in einem Vertrag geregelt.

2. Organisation

Organe	Art. 2 Die Organe der Gemeinde sind: a) die Stimmberechtigten; b) der Gemeinderat, c) das Rechnungsprüfungsorgan, d) die Kommissionen, soweit sie entscheidbefugt sind, e) das zur Vertretung der Gemeinde befugte Personal.
---------------	--

2.1 Die Stimmberechtigten

Versammlung	Art. 3 ¹ Der Gemeinderat lädt die Stimmberechtigten zur Versammlung ein - im ersten Halbjahr, um die Rechnung zu beschliessen, - im zweiten Halbjahr um den Voranschlag der Laufenden Rechnung und die Anlagen der ordentlichen Gemeindesteuern zu beschliessen, - innert 60 Tagen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten dies schriftlich verlangt. ² Der Gemeinderat kann zu weiteren Versammlungen einladen. ³ Der Gemeinderat setzt die Versammlung so an, dass möglichst viele Stimmberechtigte daran teilnehmen können.
2.1.1 Rechte Stimmrechte	Art. 4 ¹ Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und seit drei Monaten in der Gemeinde wohnen, sind stimmberechtigt. ² Nicht stimmberechtigt sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche entmündigt sind.
Information	Art. 5 Die Bevölkerung hat Anspruch auf Information, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen bzw. die Schweigepflicht entgegenstehen.
Erheblich erklären von Anträgen	Art. 6 ¹ Unter dem Traktandum Verschiedenes kann eine stimmberechtigte Person verlangen, dass der Gemeinderat für die nächste Versammlung ein Geschäft, das in die Zuständigkeit der Versammlung fällt, traktandiert.

² Die Präsidentin oder der Präsident unterbreitet diesen Antrag den Stimmberechtigten.

³ Nehmen die Stimmberechtigten den Antrag an, hat er die gleiche Wirkung wie eine Initiative.

Initiative

Art. 7 ¹ Die Stimmberechtigten können die Behandlung eines Geschäftes verlangen, wenn es in ihre Zuständigkeit fällt.

² Die Initiative ist gültig, wenn sie

- von mindestens dem zehnten Teil der Stimmberechtigten unterzeichnet ist,
- innert der Frist gemäss Art. 8 Abs. 4 eingereicht ist,
- eine vorbehaltlose Rückzugsklausel und die Namen der Rückzugsberechtigten enthält,
- entweder als einfache Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf ausgestaltet ist,
- nicht rechtswidrig oder undurchführbar ist und
- nicht mehr als einen Gegenstand umfasst.

Anmeldung

Art. 8 ¹ Initiativbegehren sind der Gemeindeverwaltung zur Prüfung einzureichen.

Prüfung

² Die Verwaltung prüft ein Begehren innert Monatsfrist auf seine Rechtmässigkeit und gibt dem Initiativkomitee das Ergebnis dieser Prüfung bekannt.

³ Mit der Unterschriftensammlung darf erst begonnen werden, wenn das Ergebnis der Prüfung vorliegt.

Einreichungsfrist ⁴ Die Initiative muss innert sechs Monaten seit Mitteilung des Prüfungsergebnisses bei der Gemeindeverwaltung eingereicht werden.

⁵ Ist die Initiative eingereicht, können die Unterzeichnenden ihre Unterschrift nicht mehr zurückziehen.

Ungültigkeit

Art. 9 ¹ Der Gemeinderat prüft, ob die Initiative gültig ist.

² Fehlt eine Voraussetzung nach Art. 7 Abs. 2, verfügt der Gemeinderat die Ungültigkeit der Initiative, soweit der Mangel reicht. Er hört das Initiativkomitee vorher an.

Behandlungsfrist

Art. 10 Der Gemeinderat unterbreitet der Versammlung die Initiative innert acht Monaten seit der Einreichung.

Konsultativabstimmung

Art. 11 ¹ Der Gemeinderat kann die Versammlung einladen, sich zu Geschäften zu äussern, die nicht in ihre Zuständigkeit fallen.

² Das zuständige Organ ist an diese Beschlüsse nicht gebunden.

³ Das Verfahren ist gleich wie bei Abstimmungen (Art. 49 ff.).

Petition

Art. 12 ¹ Jede Person hat das Recht, Petitionen an Gemeindebehörden zu richten.

² Die zuständige Behörde hat die Petition innerhalb eines Jahres zu prüfen und zu beantworten.

2.1.2 Befugnisse Wahlen

Art. 13 Die Versammlung wählt:

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten (der Versammlung und des Gemeinderates in einer Person);
- b) die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten (der Versammlung und des Gemeinderates in einer Person);
- c) die Mitglieder des Gemeinderates;
- d) das Rechnungsprüfungsorgan;
- e) die Mitglieder der ständigen Kommissionen, soweit dies in Anhang I vorgesehen ist;

Sachgeschäfte **Art. 14** Die Versammlung beschliesst:
a) - neue Ausgaben von mehr als Fr. 20'000.--
- den Voranschlag der Laufenden Rechnung und die Anlage der ordentlichen Gemeindesteuern;
- die Rechnung
b) - Abgaben (vgl. Art. 18)
c) - Reglemente;
d) - in einen Gemeindeverband einzutreten;
- von Gemeindeverbänden unterbreitete Sachgeschäfte;
e) - alle Stellen, welche die Ausgabenkompetenz des Gemeinderates überschreiten.

Weitere Geschäfte **Art. 15** Um die Zuständigkeit zu bestimmen, werden den Ausgaben gleichgestellt:
- Bürgerschaftsverpflichtungen und ähnliche Sicherheitsleistungen;
- Rechtsgeschäfte über Eigentum und beschränkte dingliche Rechte an Grundstücken;
- Anlagen in Immobilien;
- finanzielle Beteiligung an Unternehmungen, gemeinnützigen Werken und dergleichen;
- Gewährung von Darlehen, die nicht sichere Anlagen darstellen;
- Anhebung oder Beilegung von Prozessen oder deren Übertragung an ein Schiedsgericht. Massgebend ist der Streitwert;
- Verzicht auf Einnahmen,
- Entwidmung von Verwaltungsvermögen,
- Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte.

Nachkredite **Art. 16** ¹ Das für einen Nachkredit zuständige Organ bestimmt sich, indem der ursprüngliche Kredit und der Nachkredit zu einem Gesamtkredit zusammengesetzt werden. Den Nachkredit beschliesst dasjenige Organ, das für den Gesamtkredit ausgabenberechtigt ist.

² Beträgt der Nachkredit weniger als zehn Prozent des ursprünglichen Kredites, beschliesst ihn immer der Gemeinderat.

Wiederkehrende Ausgaben **Art. 17** Die Ausgabenbefugnis für wiederkehrende Ausgaben ist zehn Mal kleiner als für einmalige.

Abgaben **Art. 18** ¹ Die Versammlung beschliesst Abgaben in Reglementsform.

² Das Reglement muss
- den Gegenstand der Abgabe,
- die Pflichten und
- die Grundsätze festlegen, wie die einzelnen Abgaben bemessen werden.

2.2 Gemeinderat

Gemeinderat **Art. 19** ¹ Der Gemeinderat besteht mit seiner Präsidentin oder seinem Präsidenten aus 5 Mitgliedern.

² Die Amtsdauer beträgt 4 Jahre. Sie beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

³ Der Gemeinderat darf beschliessen, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. In Katastrophenfällen gilt das Reglement für ausserordentliche Lagen.

Amtszeitbeschränkung **Art. 20** ¹ Die Amtszeit ist auf 3 Amtsdauern beschränkt. Eine erneute Wahl ist erst nach 4 Jahren möglich.

² Angebrochene Amtsdauern fallen ausser Betracht.

	³ Für die Präsidentin oder den Präsidenten fallen die Amtsdauern als Gemeinderatsmitglied ausser Betracht.
Befugnisse	<p>Art. 21 ¹ Dem Gemeinderat stehen alle Befugnisse zu, die nicht durch Vorschriften der Gemeinde, des Kantons oder des Bundes einem anderen Organ zugewiesen sind.</p> <p>² Er beschliesst gebundene Ausgaben abschliessend.</p> <p>³ Der Gemeinderat verfügt über einen freien Ratskredit, welcher jeweils im Vorschlag detailliert ausgewiesen ist.</p>
Organisation	Art. 22 Der Gemeinderat definiert den Ressortinhalt und weist jedem Mitglied ein Ressort zu.
Unterschrift	<p>Art. 23 ¹ Der/die Präsident/-in und der/die Gemeindeschreiber/-in unterschreiben gemeinsam für die Gemeinde.</p> <p>² Ist der/die Präsident/-in verhindert, unterschreibt der/die jeweilige Ressortinhaber/in. Ist der/die Gemeindeschreiber/-in verhindert, unterschreibt der/die Finanzverwalter/-in oder ein Gemeinderatsmitglied.</p> <p>³ Im Zahlungsverkehr unterschreibt an Stelle des/der Gemeindeschreibers/-in der/die Finanzverwalter/-in. Ist der/die Finanzverwalter/-in verhindert, unterschreibt der/die Gemeindeschreiber/-in oder ein Gemeinderatsmitglied.</p> <p>⁴ Die Versammlung regelt die Unterschriftsberechtigung von ständigen Kommissionen in Anhang I. Das zuständige Organ regelt die Unterschriftsberechtigung von nichtständigen Kommissionen im Einsetzungsbeschluss.</p>
Anweisungsbefugnis	<p>Art. 24 ¹ Der/die Finanzverwalter/-in darf eine Rechnung bezahlen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - der/die zuständige Angestellte sie visiert (als richtig bescheinigt) hat und - der/die zuständige Ressortinhaber/-in diese Rechnung zur Zahlung angewiesen hat. <p>² Die Zahlungsfreigabe erfolgt analog der Unterschriftenregelung, anstelle der/des Gemeindeschreiberin/s tritt die Finanzverwaltung.</p>
Sitzung	<p>Art. 25 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident lädt die Mitglieder zur Sitzung ein.</p> <p>² Drei (3) Mitglieder können eine ausserordentliche Sitzung verlangen. Die Sitzung muss innert 5 Tagen stattfinden.</p>
Einberufung	<p>Art. 26 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident teilt Ort, Zeit und Traktanden der Sitzung wenigstens drei Arbeitstage vorher schriftlich mit.</p> <p>² Ist ein Beschluss nicht aufschiebbar, darf von Abs. 1 abgewichen werden.</p>
Traktanden	<p>Art. 27 ¹ Der Gemeinderat darf nur traktandierte Geschäfte abschliessend behandeln.</p> <p>² Er darf nicht traktandierte Geschäfte abschliessend behandeln, wenn alle anwesenden Mitglieder einverstanden sind.</p>
Verfahren und Ausstand	<p>Art. 28 ¹ Die Verfahrensvorschriften für die Versammlung gelten sinngemäss.</p> <p>² Die Mitglieder sind ausstandspflichtig.</p> <p>³ Jedes Mitglied kann verlangen, dass geheim abgestimmt wird.</p>
Protokoll	Art. 29 ¹ Gemeinderatsprotokolle sind nicht öffentlich.

² Das Protokoll enthält die Namen der Anwesenden, die Ausstandspflichtigen und den Ausstandsgrund. Im Übrigen gilt Art. 65.

³ Die Beschlüsse sind öffentlich, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen bzw. die Schweigepflicht entgegenstehen.

2.3 Ständige Kommissionen

Ständige Kommissionen **Art. 30** ¹ Die ständigen Kommissionen sind vorberatende Organe und stellen dem Gemeinderat Antrag. Die Stimmberechtigten können ihnen mittels Reglement weitere Befugnisse einräumen. Abweichende Vorschriften des übergeordneten Rechts bleiben vorbehalten.

² Die ständigen Kommissionen konstituieren sich selbst.

³ Die für den Gemeinderat aufgestellten Vorschriften gelten sinngemäss.

2.3.1 Rechnungsprüfungsorgan

Rechnungsprüfungsorgan **Art. 31** ¹ Das Rechnungsprüfungsorgan besteht aus einer Kommission von drei Mitgliedern.

² Sofern nicht genügend befähigte Personen gefunden werden, so wird eine externe Revisionsstelle beauftragt.

³ Die Wählbarkeitsvoraussetzungen und Aufgaben des Rechnungsprüfungsorgans werden in der kantonalen Gemeindegesetzgebung umschrieben.

Aufsichtsstelle Datenschutz **Art. 32** ¹ Das Rechnungsprüfungsorgan ist Aufsichtsstelle für Datenschutz gemäss Art. 33 des Datenschutzgesetzes.

² Einmal jährlich erstattet sie der Versammlung Bericht.

2.3.2 Übrige ständige Kommissionen

Kommissionen **Art. 33** Die Versammlung zählt in Anhang I die übrigen ständigen Kommissionen auf und regelt ihre Über- und Unterordnung.

2.4 Nichtständige Kommissionen

Einsetzung **Art. 34** ¹ Die Versammlung oder der Gemeinderat können nichtständige Kommissionen für Aufgaben einsetzen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

² Der Einsetzungsbeschluss bestimmt Aufgaben, Zuständigkeit, Organisation und Zusammensetzung.

³ Die Bestimmungen über die Ausstandspflicht gelten auch für nichtständige Kommissionen.

2.5 Öffentlich-rechtlich Angestellte

Öffentlich-rechtlich Angestellte **Art. 35** ¹ Die Anstellung des öffentlich-rechtlichen Personals richtet sich nach dem Personalreglement.

² Der Gemeinderat erlässt für jede öffentlich-rechtlich angestellte Person ein Pflichtenheft.

³ Das auf kantonale, öffentlich-rechtliche Angestellte anwendbare Recht gilt sinngemäss, soweit die Gemeinde keine besonderen Vorschriften erlässt.

Aufzählung **Art. 36** Die Versammlung zählt in Anhang II die öffentlich-rechtlich angestellten Personen auf und regelt ihre Über- und Unterordnung.

2.6 Angestellte

Angestellte **Art. 37** ¹ Der Gemeinderat schliesst mit Angestellten einen schriftlichen Vertrag nach Obligationenrecht ab.

² Er regelt die Über- und Unterordnung sowie die Besoldung im Vertrag.

2.7 Verantwortlichkeit

Verantwortlichkeit **Art. 38** ¹ Die Gemeindeorgane und das Gemeindepersonal unterstehen der disziplinarischen Verantwortlichkeit.

² Sie haben Dritten gegenüber verschwiegen zu sein über Wahrnehmungen, die sie bei der Ausübung ihres Amtes machen.

³ Die Schweigepflicht besteht auch nach Ausscheiden aus dem Amt.

⁴ Der Gemeinderat ist Disziplinarbehörde, soweit sich ein Disziplinarverfahren gegen das Personal oder die Mitglieder von Kommissionen richtet.

⁵ Im Übrigen richten sich die Zuständigkeiten und Sanktionen nach Artikel 81 Absatz 2 und 3 des Gemeindegesetzes.

⁶ Die vermögensrechtliche Verantwortlichkeit richtet sich nach Artikel 84 des Gemeindegesetzes.

2.8 Schulorganisation

Schulorganisation (¹) **Art. 39** ¹ Die Gemeinde führt einen Kindergarten und eine Primarstufe.

² Die Gemeinde ist Sitzgemeinde der Schulzusammenarbeit Gurbrü, Wileroltigen, Golaten. Der Gemeinderat regelt die Schulzusammenarbeit mittels Anschlussvertrag.

³ Der Schulbesuch der Kinder der Sekundarstufe 1 wird mit den Nachbargemeinden geregelt. Der Gemeinderat schliesst auf Antrag der Schulkommission mit den betroffenen Gemeinden entsprechende Verträge ab. Die aus dem Vertrag resultierenden Ausgaben beschliesst er unabhängig von der Höhe in eigener Kompetenz.

3. Verfahren der Gemeindeversammlung

Einberufung **Art. 40** Der Gemeinderat gibt Ort, Zeit und Traktanden für die Versammlung wenigstens 30 Tage vorher im amtlichen Anzeiger bekannt.

Traktanden **Art. 41** ¹ Die Versammlung darf nur traktandierte Geschäfte endgültig beschliessen.

² Sie beschliesst, ob nicht traktandierte Geschäfte für eine nächste Versammlung traktandiert werden sollen.

Vorsitz **Art. 42** ¹ Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Versammlung.

² Die Versammlung entscheidet nicht geregelte Verfahrensfragen.

¹ Änderung vom 8. Dezember 2012

³ Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet Rechtsfragen.

Rügeflicht

Art. 43 ¹ Stellt eine stimmberechtigte Person die Verletzung von Zuständigkeits- bzw. Verfahrensvorschriften fest, hat sie die Präsidentin oder den Präsidenten sofort auf diese hinzuweisen.

² Unterlässt sie pflichtwidrig einen Hinweis, verliert sie das Beschwerderecht (Art. 49 a des Gemeindegesetzes).

Eröffnung

Art. 44 Die Präsidentin oder der Präsident

- eröffnet die Versammlung,
- klärt ab, ob alle Anwesenden stimmberechtigt sind,
- kann dafür sorgen, dass Nichtstimmberechtigte gesondert sitzen,
- veranlasst die Wahl der Stimmzählerinnen und Stimmzähler,
- lässt die Anzahl der Stimmberechtigten feststellen und
- gibt Gelegenheit, die Reihenfolge der Traktanden zu ändern.

Öffentlichkeit/ Medien

Art. 45 ¹ Die Versammlung ist öffentlich.

² Die Medien dürfen über die Versammlung berichten.

³ Über die Zulässigkeit von Bild- und Tonaufnahmen oder -übertragungen entscheidet die Versammlung.

⁴ Jede stimmberechtigte Person kann verlangen, dass ihre Äusserungen oder Stimmabgaben nicht aufgezeichnet werden.

Eintreten

Art. 46 Die Versammlung tritt ohne Beratung und Abstimmung auf jedes Geschäft ein.

Beratung

Art. 47 ¹ Die Stimmberechtigten dürfen sich zum Geschäft äussern und Anträge stellen. Die Präsidentin oder der Präsident erteilt ihnen das Wort.

² Die Versammlung kann die Redezeit und die Zahl der Äusserungen beschränken.

³ Die Präsidentin oder der Präsident klärt nach unklaren Äusserungen ab, ob ein Antrag vorliegt.

Ordnungsantrag

Art. 48 ¹ Die Stimmberechtigten können beantragen, die Beratung zu schliessen.

² Die Präsidentin oder der Präsident lässt über einen solchen Ordnungsantrag sofort abstimmen.

³ Nimmt die Versammlung den Antrag an, haben einzig noch

- die Stimmberechtigten, die sich vor dem Antrag gemeldet haben,
- die Sprecherinnen und Sprecher der vorberatenden Organe und
- wenn es um Initiativen geht, eine Sprecherin oder ein Sprecher der Initianten das Wort.

3.1 Abstimmungen

Abstimmungen

Art. 49 Die Präsidentin oder der Präsident

- schliesst die Beratung, wenn sich niemand mehr äussern will und
- erläutert das Abstimmungsverfahren

Abstimmungs- verfahren

Art. 50 ¹ Das Abstimmungsverfahren ist so festzulegen, dass der wahre Wille der Stimmberechtigten zum Ausdruck kommt.

² Die Präsidentin oder der Präsident

- unterbricht die Versammlung, um das Abstimmungsverfahren vorzubereiten,
- erklärt Anträge für ungültig, die rechtswidrig sind oder vom Traktandum nicht

- erfasst werden,
- lässt über einen allfälligen Rückweisungsantrag abstimmen,
- fasst diejenigen Anträge zu Gruppen zusammen, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen,
- lässt für jede Gruppe den Sieger ermitteln und
- stellt die bereinigte Vorlage vor und fragt: „Wollt Ihr diese Vorlage annehmen?“.

Gruppensieger **Art. 51** ¹ Die Präsidentin oder der Präsident fragt bei zwei Anträgen, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen: „Wer ist für Antrag A?“ - „Wer ist für Antrag B?“.
Der Antrag, auf den mehr Stimmen entfallen, ist Gruppensieger.

² Liegen drei oder mehr Anträge, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen, vor, lässt die Präsidentin oder der Präsident auf folgende Art abstimmen:

- Sie oder er stellt gemäss Abs. 1 solange zwei Anträge einander gegenüber, bis der Gruppensieger feststeht.

³ Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber schreibt die Anträge der Reihe nach auf. Die Präsidentin oder der Präsident stellt zuerst den letzten Antrag dem zweitletzten gegenüber, den Sieger dem drittletzten usw.

Form **Art. 52** ¹ Die Versammlung stimmt offen ab.

² Ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten kann eine geheime Abstimmung verlangen.

Stichentscheid **Art. 53** Die Präsidentin oder der Präsident stimmt mit. Sie oder er gibt zudem den Stichentscheid.

3.2 Wahlen

Wählbarkeit **Art. 54** ¹ Es gilt Artikel 35 des Gemeindegesetzes.

² Für die Wahl des Rechnungsprüfungsorgans bleiben die Artikel 122 ff der Gemeindeverordnung vorbehalten.

Unvereinbarkeit/ Verwandten-ausschluss **Art. 55** ¹ Beschäftigte dürfen dem ihnen unmittelbar übergeordneten Organ nicht angehören, sofern deren Entlohnung das Minimum der obligatorischen Versicherung gemäss BVG erreicht.

² Mitglieder des Gemeinderates, einer Kommission oder des Gemeindepersonals dürfen dem Rechnungsprüfungsorgan nicht angehören.

³ Der Verwandtenausschluss für den Gemeinderat und das Rechnungsprüfungsorgan ist im Anhang III geregelt. ⁽²⁾

Wahlverfahren **Art. 56**

- a) Die Präsidentin oder der Präsident gibt die Vorschläge des Gemeinderates bekannt. Die anwesenden Stimmberechtigten können weitere Vorschläge machen.
- b) Die Präsidentin oder der Präsident lässt die Vorschläge gut sichtbar darstellen.
- c) Liegen nicht mehr Vorschläge vor als Sitze zu besetzen sind, erklärt die Präsidentin oder der Präsident die Vorgeschlagenen als gewählt.
- d) Liegen mehr Vorschläge vor, wählt die Versammlung geheim.
- e) Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen die Zettel. Sie melden die Anzahl der Gemeindeschreiberin oder dem Gemeindeschreiber.
- f) Die Stimmberechtigten dürfen
 - soviele Namen auf den Zettel schreiben, als Sitze zu besetzen sind;
 - nur wählen, wer vorgeschlagen ist.
- g) Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sammeln die Zettel wieder ein.
- h) Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sowie die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber
 - prüfen, ob sie nicht mehr Zettel haben, als verteilt worden sind

- scheiden ungültige Zettel von den gültigen und
- ermitteln das Ergebnis.

Ungültiger Wahlgang	Art. 57 Die Präsidentin oder der Präsident lässt den Wahlgang wiederholen, wenn die Zahl der eingesammelten Zettel die der ausgeteilten übersteigt.
Ungültige Zettel	Art. 58 Ein Zettel ist ungültig, wenn er keine Namen von Vorgeschlagenen enthält.
Ungültige Namen	<p>Art. 59 ¹ Ein Name ist ungültig, wenn er</p> <ul style="list-style-type: none"> - nicht eindeutig einem Vorschlag zugeordnet werden kann. - mehr als ein Mal auf einem Zettel steht oder - überzählig ist, weil der Zettel mehr Namen enthält als Sitze zu vergeben sind. <p>² Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler sowie die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber streichen zuerst die Wiederholungen. Sind dann immer noch mehr Namen auf dem Zettel als Sitze zu besetzen sind, werden die letzten Namen gestrichen.</p>
Ermittlung	<p>Art. 60 ¹ Die Zahl der gültigen Zettel wird halbiert. Die nächsthöhere, ganze Zahl ist das absolute Mehr.</p> <p>² Wer das absolute Mehr erreicht, ist gewählt. Erreichen zu viele Vorgeschlagene das absolute Mehr, sind diejenigen gewählt, die am meisten Stimmen haben.</p> <p>³ Ist nur ein Sitz zu besetzen und bewerben sich dafür zwei gültig Vorgeschlagene, ist gewählt, wer mehr Stimmen erzielt. Bei Stimmgleichheit gilt Art. 64.</p>
Zweiter Wahlgang	<p>Art. 61 ¹ Haben im ersten Wahlgang zu wenig Personen das absolute Mehr erreicht, ordnet die Präsidentin oder der Präsident einen zweiten Wahlgang an.</p> <p>² Im zweiten Wahlgang bleiben höchstens doppelt so viele Vorgeschlagene, als Sitze zu besetzen sind. Massgebend ist die Stimmenzahl des ersten Wahlgangs.</p> <p>³ Gewählt sind diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen.</p>
Nichtannahme der Wahl	<p>Art. 62 ¹ Nimmt die oder der Gewählte die Wahl nicht an, so tritt an seine Stelle die oder der Vorgeschlagene mit der nächsthöheren Stimmenzahl. Nimmt diese oder dieser Vorgeschlagene die Wahl nicht an, so folgt die oder der Vorgeschlagene mit der nächsthöheren Stimmenzahl usw.</p> <p>² Nimmt keine oder kein Vorgeschlagener die Wahl an, so findet an der nächsten Versammlung eine erneute Wahl statt.</p>
Minderheitenschutz	Art. 63 Die Bestimmungen über den Minderheitenschutz bleiben vorbehalten (Art. 38 ff. des Gemeindegesetzes und Art. 16 ff. der Gemeindeverordnung).
Los	Art. 64 Die Präsidentin oder der Präsident zieht bei Stimmgleichheit das Los.

3.3 Protokolle

Protokoll	<p>Art. 65 Das Protokoll enthält:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ort und Datum der Versammlung, - Name der Präsidentin oder des Präsidenten und der Gemeindeschreiberin oder des Gemeindeschreibers, - Zahl der anwesenden Stimmberechtigten, - Reihenfolge der Traktanden, - Anträge, - Angewandte Abstimmungs- und Wahlverfahren, - Beschlüsse und Wahlergebnisse, - Rügen nach Art. 49 a des Gemeindegesetzes, - Zusammenfassung der Beratung und
------------------	--

- Unterschrift des oder der Vorsitzenden und der Protokollführerin oder des Protokollführers.

Genehmigung **Art. 66** ¹ Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber legt das Protokoll spätestens 7 Tage nach der Versammlung während 20 Tagen öffentlich auf.

² Während der Auflage kann schriftlich Einsprache beim Gemeinderat gemacht werden.

³ Der Gemeinderat entscheidet über die Einsprachen und genehmigt das Protokoll.

⁴ Das Protokoll ist öffentlich.

4. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Anhänge **Art. 67** Die Versammlung erlässt die Anhänge I (ständige Kommissionen) und II (Öffentlich-rechtlich Angestellte) im gleichen Verfahren wie dieses Reglement.

Amtszeitbeschränkung **Art. 68** ¹ Die Amtszeitbeschränkung gilt rückwirkend.

² Jede Person kann ihre laufende Amtsdauer beenden.

Demissionen **Art. 69** Demissionen sind bis spätestens 15. Oktober beim Gemeinderat einzureichen.

Inkrafttreten **Art. 70** ¹ Dieses Reglement tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung auf den 1. Januar 2011 in Kraft.

² Es hebt das Organisationsreglement vom 16. Dezember 2000 und die Änderungen vom 10. Dezember 2005 und 14. Mai 2007 sowie weitere widersprechende Vorschriften auf.

³ Die an der Versammlung vom 8. Dezember 2012 beschlossenen Änderungen von Art. 39 Abs. 1-3, Art. 71 und Anhang I treten mit der Genehmigung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung in Kraft. (²)

⁴ Die an der Versammlung vom 7. Dezember 2013 beschlossene Änderung des Anhang I tritt, unter Vorbehalt der Genehmigung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung, auf den 1. Januar 2014 in Kraft. ³

Schulzusammenarbeit (²) **Art. 71** ¹ Die Kindergarten- und Primarschulkommission wird auf den 1. Februar 2013 eingesetzt und nimmt ab diesem Zeitpunkt die notwendigen Vorbereitungs handlungen für das Schuljahr 2013/2014 vor (insbesondere Anstellungen, Klassenorganisation, etc.).

² Operativ wird die gemeinsame Schule Gurbrü/Wileroltigen/Golaten ab dem 1. August 2013 tätig.

² Eingefügt am 8. Dezember 2012

³ Eingefügt am 7. Dezember 2013

Anhang I: Ständige Kommissionen

Kindergarten- und Primarschulkommission (ab 1. Februar 2013) nachgenannt Schulkommission ⁽⁴⁾

Mitgliederzahl	6
Wahlorgan:	
1 Mitglied von Amtes wegen:	Gemeinderat (Ressortvorsteher/in)
1 Mitglied	Gemeindeversammlung
Je zwei Mitglieder der Gemeinden Gurbrü und Golaten	Gemeinden Gurbrü und Golaten
Präsidium / Sekretariat	Die Kommission konstituiert sich selbst. Der/die Ressortvorsteher/in der Sitzgemeinde gibt den Stichtent- scheid.
Übergeordnete Stellen:	Gemeinderat
Untergeordnete Stellen:	keine
Aufgaben und Befugnisse:	<p>Die Schulkommission nimmt die strategisch-politische Führung des Kindergartens, der Primarschule, der Tagesschulangebote und die Aufsicht über dieselben wahr.</p> <p>Sie nimmt die Aufgaben gemäss Funktionendiagramm wahr.</p> <p>Sie hat folgende Befugnisse:</p> <p>Schülerinnen und Schüler</p> <ul style="list-style-type: none">– Verweis, Gefährdungsmeldung, Anzeige– temporärer Unterrichtsausschluss <p>Pädagogik</p> <ul style="list-style-type: none">– Genehmigung Leitbild und der Hausordnung– <input type="checkbox"/> Festlegung von Grundsätzen zur Umsetzung des Leitbildes, insbesondere zur Qualitätsevaluation und -entwicklung und zur Weiterbildung der Angestellten– Entscheid über Qualitätsevaluationen der Schule– Entscheid über die strategische Ausrichtung der Tagesschulan- gebote– Genehmigung der Entwicklungsschwerpunkte der Schule (Schulprogramm) und Controlling über die Umsetzung.– Entscheid über die Berichterstattung an den Kanton <p>Organisation</p> <ul style="list-style-type: none">– Klasseneröffnungen und –schliessungen (sofern der zugehörige Schulstandort erhalten bleibt)– Zuweisung der Stufen und Klassen zu den Standorten– Genehmigung des Fakultativunterrichts und des freiwilligen Schulsports– Erlass von Grundsätzen zur Information und zur Eltern- und Schülermitwirkung– Genehmigung der Jahresplanung (Ferien, Unterrichtsschluss vor Ferien, Ausnahmen zu Blockzeiten, unterrichtsfreie Halbta- ge)– Festlegung von Rahmenvorgaben zum Stundenplan– Entscheid über die Organisation der schulärztlichen und schul- zahnärztlichen Untersuchung

⁴ Eingefügt am 8. Dezember 2012

– Entscheid über Schülertransporte

Personal

- Anstellung der Schulleitung
- Anstellung der Tagesschulleitung
- Anstellung der Lehrkräfte und der übrigen Schulmitarbeitenden (inkl. Tagesschulpersonal)

Die Schulkommission kann Anträge an den Gemeinderat stellen.

Finanzielle Befugnisse:

Ausgaben im Rahmen der bewilligten Budgetkredite

Unterschrift:

Präsident/in und Sekretär/in (Kollektivunterschrift) der Schulkommission

Tiefbaukommission ⁵

Mitgliederzahl

3

Mitglied von Amtes wegen

Ressortvorsteher / Ressortvorsteherin

Wahlorgan:

Gemeinderat

Präsidium / Sekretariat

Die Kommission konstituiert sich selbst

Übergeordnete Stellen:

Gemeinderat

Untergeordnete Stellen:

keine

Aufgaben:

- Unterstützung des Ressortleiters bei der Planung (Strasseninvestitionsplan, GEP-Massnahmen, GWP-Massnahmen)
- Verstärkung Informationsfluss unter den technischen Gemeindefunktionären (Brunnenmeister, Wegmeister) und zwischen Funktionären und Ressortleiter
- Unterstützung des Ressortleiters beim Kontakt zu Grundeigentümern / Unternehmungen
- Unterstützung bei kleineren Auftragsvergaben
- Beratung / Kontrolle von / bei Fragen betreffend Hausanschlüsse (Druckproben, Einmessen)
- Technischer Support für den Ressortleiter
- Unterstützung Ressortleiter bei der Budgetierung
- Vorschläge für Strassenunterhaltsmassnahmen, Reparaturen

Befugnisse:

Keine Entscheid- und Finanzbefugnisse, die Tiefbaukommission kann Anträge an den Gemeinderat stellen.

Unterschrift:

Präsident/in der Tiefbaukommission.

Die Feuerwehrkommission wird aufgehoben. ⁽⁶⁾

Die Kindergartenkommission wird per 31. Juli 2013 aufgehoben ⁽⁷⁾

Die Schulkommission wird per 31. Juli 2013 aufgehoben ⁽⁸⁾

⁵ Eingefügt am 7. Dezember 2013

⁶ Änderung vom 10. Dezember 2011

⁷ Änderung vom 8. Dezember 2012

⁸ Änderung vom 8. Dezember 2012

Anhang II: Öffentlich-rechtlich Angestellte

Gemeindeschreiberin / Gemeindeschreiber

Anstellungsorgan:	Gemeinderat
Aufgaben:	Gemäss Pflichtenheft, insbesondere Beratung des Gemeinderates, Korrespondenz für Versammlung und Gemeinderat, Einwohner- und Stimmregister
Finanzielle Befugnisse:	Verwendung verfügbarer Voranschlagskredite gemäss Budget.
Übergeordnete Stelle:	Gemeinderat
Untergeordnete Stelle:	Verwaltungsangestellte der Gemeindeschreiberei
Besoldungsrahmen:	Gemäss Personalreglement

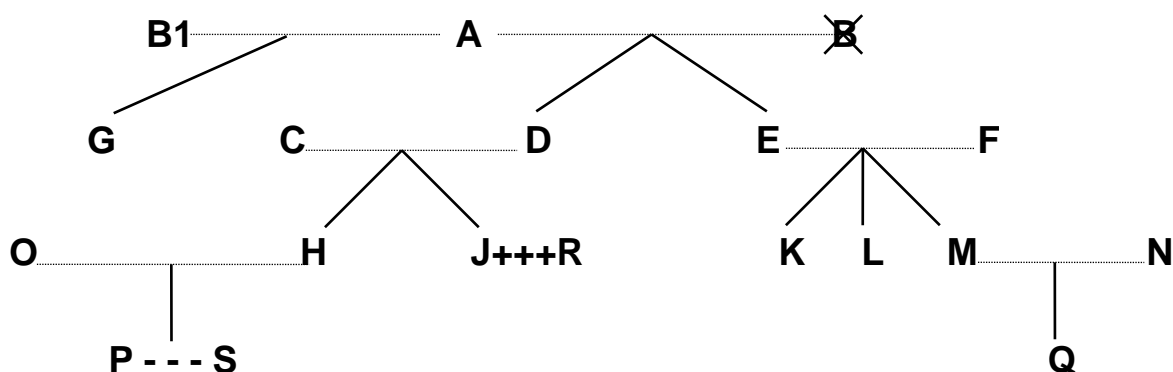
Finanzverwalterin / Finanzverwalter

Anstellungsorgan:	Gemeinderat
Aufgaben:	Gemäss Pflichtenheft, insbesondere Buchführung, Zahlungsverkehr, Forderungsinkasso, Verwaltung des Finanzvermögens, Finanzplanung.
Finanzielle Befugnisse:	Verwendung verfügbarer Voranschlagskredite gemäss Budget.
Übergeordnete Stelle:	Gemeinderat
Untergeordnete Stelle:	Verwaltungsangestellte der Gemeindekasse.
Besoldungsrahmen:	Gemäss Personalreglement

Ausgleichskassenleiterin/Ausgleichskassenleiter

Anstellungsorgan:	Gemeinderat
Aufgaben:	Gemäss Ausgleichskassenreglement
Finanzielle Befugnisse:	Keine
Übergeordnete Stelle:	Gemeinderat
Untergeordnete Stelle:	Keine
Besoldungsrahmen:	Gemäss Personalreglement

Anhang III: Verwandtenausschluss



Legende:

.....	= Ehe
	= Abstammung
X	= verstorben
+++	= eingetragene Partnerschaft
---	= faktische Lebensgemeinschaft

Dem <i>Gemeinderat</i> dürfen nicht gleichzeitig angehören		Beispiele:
a) Verwandte in gerader Linie	Eltern - Kinder	A mit D, E und G; F mit K, L und M; D mit H und J
	Grosseltern - Grosskinder	A mit H, J, K, L und M
	Urgrosseltern - Urgrosskinder	A mit P und Q
b) Verschwägte in gerader Linie	Schwiegereltern	A mit C und F; E und F mit N; C und D mit O; C und D mit R
	Schwiegersohn/Schwiegertochter	O mit C und D; N mit E und F; R mit C und D
	Stiefeltern/Stiefkinder	B1 (2. Ehefrau von A) mit D und E
c) voll- und halbbürtige Geschwister	Bruder/Schwester, Stiefbruder/-schwester	K mit L und M; H mit J; G mit D und E
d) Ehepaare	Ehepartner	A mit B1; C mit D; O mit H
e) eingetragene Partnerschaft	eingetragener Lebenspartner	J mit R
f) faktische Lebensgemeinschaft	Lebenspartner	P mit S

Ebensowenig dürfen Personen, die mit

- Mitgliedern des Gemeinderates,
- Mitgliedern von Kommissionen oder
- Vertreterinnen/Vertretern des Gemeindepersonals

in obiger Weise verwandt, verschwägert, verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft verbunden sind, dem Rechnungsprüfungsorgan angehören.